



Wie gelingt Umweltgerechtigkeit?

11. Juni 2015

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW

Malkasten, Düsseldorf

Dokumentation

Einordnung: Umweltgerechtigkeit als zentraler Aspekt im „Masterplan Umwelt und Gesundheit“	3
Begrüßung und Einführung: Dr. Diana Hein	3
Eingangsstatements: Sichtweisen von Workshop-Teilnehmenden	4
Fachimpulse:	
Fachimpuls (I) Elmar Wieczorek, Stadt Aachen, Fachbereichsleiter Umwelt	4
Fachimpuls (II) Stefan Beckmann, Stadt Bottrop, Leiter Umwelt- und Verbraucherschutzamt	5
Workshop (I): Handlungsempfehlungen: Situationsanalyse	5
Workshop (II): Handlungsempfehlungen: Integriertes Verwaltungshandeln und konkrete Instrumente	6
Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen: Schlussfolgerungen & Bewertungen	7
Schlusswort	
Dr. Diana Hein, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW	8
Erstes Feedback der Teilnehmenden	8



Begrüßung und Einführung

Dr. Diana Hein, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW

Kernaussagen:



Foto: Dr. Diana Hein (r.) und Dr. Claudia Fiebig

Das Thema Umweltgerechtigkeit – also die Zusammenhänge zwischen Umwelt, Gesundheit und sozialer Situation – ist einer der Schwerpunkte im „Masterplan Umwelt und Gesundheit“, der zurzeit im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MKULNV) NRW erarbeitet wird. Dieser Prozess wird durch Veranstaltungen und Workshops mit Fachleuten aus Wissenschaft, Forschung und kommunaler Praxis begleitet.

- Unser Auftrag aus dem Koalitionsvertrag lautet, im Rahmen des Masterplans „Umwelt und Gesundheit“ eine umfassende Gesamtkonzeption für den Schutz von Menschen und Umwelt vor Umweltgiften, Luftschadstoffen, Lärm und Elektromog zu erarbeiten.
- Ein Schwerpunkt dabei ist, die Zusammenhänge zwischen Umweltbelastungen und sozialer Benachteiligung aufzuarbeiten.
- Wir wollen NRW zu einem „Standort mit überdurchschnittlicher Umwelt- und Lebensqualität gestalten“.
- Dazu gehört es, die Umwelt- und Lebensqualität für besonders belastete Bevölkerungsgruppen zu erhöhen ⇒ Stichwort: mehr Umweltgerechtigkeit!
- Eine Kernaufgabe wird sein, Mehrfachbelastungen zu vermeiden bzw. zu reduzieren. Pla-

nungsprozesse sind dabei wichtige Stellschrauben, um vorsorgeorientiert agieren zu können.

- Der nächste Schritt muss uns aus der Theorie in die praktische Umsetzung führen, daher möchten wir konkrete Handlungsinstrumente als Empfehlung verabschieden.
- Erreichen können wir das Ziel letztlich nur, wenn das Thema zur „Chefsache“ wird, in der Agenda des politischen Denkens und Handelns also ganz weit oben angesiedelt ist. „Umweltgerechtigkeit ist eine Top-Down-Angelegenheit; als Bottom-Up-Sache wird sie nicht funktionieren.“

Im Herbst 2014 wurden im Rahmen einer ersten Veranstaltung Beiträge aus diesen unterschiedlichen Perspektiven vorgestellt und diskutiert.

Ziel des vertiefenden Workshops „Wie gelingt Umweltgerechtigkeit“ am 11. Juni 2015 war, darauf aufbauend, das Entwickeln konkreter Handlungsinstrumente – also: gemeinsam Antworten auf die Frage zu erarbeiten, wie Kommunen das Bestreben um mehr Umweltgerechtigkeit operativ umsetzen können. Die Arbeit in den Workshops setzte auf einem „Entwurf von Empfehlungen“ auf, den das MKULNV aus den bisherigen Erkenntnissen im Prozess extrahiert hatte.

Der „Entwurf von Handlungsempfehlungen“, vorgestellt von Dr. Claudia Fiebig, gliedert sich wie folgt:

- Situationsanalyse
- Politische Verankerung
- Integriertes Verwaltungshandeln
- Konkrete Handlungsinstrumente

Eingangsstatements

Sichtweisen von Workshop-Teilnehmenden

„Im Lärmaktionsplan der Stadt Aachen steht: 39 Prozent der Bürger sind nachts gesundheitsgefährdenden Belastungen ausgesetzt. Das darf man nicht unterschätzen.“

Thilo Koch, StädteRegion Aachen, Gesundheitsamt

„Aus der Sicht der Arbeitsschützerin ist ‘Umwelt’ zunächst immer die Umwelt im Betrieb. Entsprechend ist der Blickwinkel, wenn es um ‘Umweltgerechtigkeit’ geht.“

Christel Bayer, NRW MAIS, Arbeitsschutz/Arbeitsgestaltung

„Als Stadtentwickler erkenne ich bei Themen wie Integration oder Grünflächenplanung enorme Potenziale für eine integrierte Vorgehensweise. Da gibt es zahlreiche inhaltliche Schnittmengen, ohne dass das bisher unter dem Label ‘Umweltgerechtigkeit’ läuft.“

Peter Apel, Dortmund, Planungsbüro Stadtkinder

„Ich finde ‘Umweltgerechtigkeit’ als Begriff unglücklich. In der Praxis ist es ja fast immer so, dass mehrere Ressorts an den Projekten arbeiten – und dann fühlen sich alle, die nicht selbst ‘Umwelt’ im Titel tragen, irgendwie an den Rand gedrängt oder gar außen vor.“

Christoph Gormanns, Düsseldorf, Gesundheitsamt

„Auf Bundesebene diskutieren wir das Thema bisher ja eher akademisch. Die Frage, die wir uns im Ministerium stellen, lautet: Sind für uns die Aufgaben erledigt oder können und müssen wir weiter helfen, das Baby aufzuheben. Festhalten kann man aber: NRW ist das einzige Bundesland, das uns seit Jahren aktiv unterstützt.“

Jens Küllmer, BMUB



„Im Mittelpunkt einer größeren Umweltgerechtigkeit muss stehen, die gesundheitlichen Gefährdungen und Schädigungen der Menschen zu begrenzen.“

Guðrun Vater, Büro des NRW-Patientenbeauftragten

Fachimpulse

Fachimpuls I:

Elmar Wieczorek Stadt Aachen, Fachbereichsleiter Umwelt



- „Wir haben in Aachen mit Mitteln aus dem Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ ein komplettes Quartier umgestaltet, insbesondere: die völlig herunter gekommenen Grünflächen und Parkanlagen. Für die Dauer dieses Projektes haben wir in der Verwaltung Strukturen verändert und Teams gebildet, die über Ressortgrenzen hinweg sehr eng verzahnt zusammengearbeitet haben.“
- „Das Ziel lautete, den öffentlichen Raum zu stärken und ganz bewusst als Gegengewicht zu sozialen Ungleichgewichten zu positionieren.“
- „Die Erkenntnis dieses Prozesses war: Wenn die Mitarbeiter spüren, dass sie mit ihrem Engagement etwas bewegen können; und wenn sie dezernatsübergreifend Partner finden, die ebenfalls mitziehen, dann kann man wirklich eine ganze Menge bewegen.“
- „Aktuell sind wir mit einem weiteren Quartier im Aachener Norden beschäftigt – und diesmal sieht es tatsächlich so aus, als ob die Strukturveränderungen dauerhaft etabliert würden.“
- „Man muss die Situationsanalyse nicht zu weit treiben. Die Fachbereiche kennen ihre Probleme recht gut bis sehr gut. Ich persönlich möchte Diskussionen nicht um einen Begriff wie ‘Umweltgerechtigkeit’ herum führen. Ich möchte auch nicht, dass versucht wird, um so einen Begriff herum Politik zu machen.“
- „Wichtig ist jedoch, dass die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Bereiche Umwelt, Gesundheit und Soziales allen Beteiligten bewusst ist und zur Chefsache erklärt wird.“

Fachimpuls II:

Stefan Beckmann, Stadt Bottrop, Leiter Umwelt- und Verbraucherschutzamt



- „Vorweg: Die Vokabel ‘Umweltgerechtigkeit’ verwenden wir in Bottrop nicht.“
- „Als wir vor mehr als zehn Jahren für den Stadtteil Ebel einen Lärminderungsplan aufgestellt haben, waren wir bundesweit eine der ersten Kommunen, die sich getraut haben, den Zusammenhang von Gesundheit und Umwelt aktiv auf die Agenda zu setzen.“
- „An die Reaktionen kann ich mich noch sehr gut erinnern – der Tenor lautete ungefähr so: ‘WAS MACHT IHR DENN DA? Ihr weckt doch nur schlafende Hunde! Die Konsequenz wird sein,

dass ihr Begehrlichkeiten gerecht werden müsst, die ihr gar nicht mehr beherrschen könnt.“

- „Heute kann ich Ihnen mitteilen: Wir haben vor einer Woche die letzte von vielen Maßnahmen umgesetzt. Und wir haben es sogar hinbekommen, über Städtebaufördermittel gemeinsam mit der Bahn und für die Bahn Lärmschutzwände zu errichten. Wir haben auch Tempo-30-Zonen und Nachtfahrverbote eingeführt.“
- „Eine wirklich tolle Erfahrung aus dem Prozess zeigt: Politik war mit einem Mal bereit, Denken und Handeln zu verändern und sich zum Beispiel ganz bewusst gegen die Ansiedlung eines großen Gewerbebetriebes zu entscheiden.“
- „Die Organisations- und Arbeitsstrukturen haben wir in einer kontinuierlich agierenden Gruppe etabliert, so dass sich u.a. die Bereiche Umwelt, Gesundheit und Soziales regelmäßig treffen und gemeinsam arbeiten. Wichtig ist auch, dass diese Gruppe personell so ausgestattet wird, dass sie arbeits- und handlungsfähig ist.“

Workshop I:

Handlungsempfehlungen - Situationsanalyse

Leitung/Moderation: Dr. Claudia Fiebig



Die Leitfragen:

1. Was macht eine Situationsanalyse zum Start für das Thema in der Kommune?
2. Welche Datenbestände gibt es für eine übergreifende Situationsanalyse?
3. Welche Indikatoren sind geeignet?
4. An welche vorhandenen Instrumente kann eine Kommune anknüpfen?
5. Ist die Auflistung des MKULNV zu ergänzen oder ist sie vollständig?
6. Wie bekommen wir das Thema praxisnah in das Verwaltungshandeln?
7. Was muss passieren, damit „Umweltgerechtigkeit“ in die Umsetzung kommt?
8. Was erwarten die Kommunen vom Land?
9. Was können die Kommunen selbst tun?
10. Was muss auf der kommunalen Ebene geschehen, um das Thema „Umweltgerechtig-

keit“ wirkungsvoll von der Tagesordnung zu nehmen?

Thesen und Ergebnisse:

- Situationsanalyse ist grundlegend nützlich für Kommunen. Sie dient verschiedenen, auch fachübergreifenden Fragestellungen.
- Aufgrund der knappen (finanziellen) Ressourcen: Situationsanalyse als Priorisierungsinstrument und zur Verdeutlichung von Synergien. Sie soll sowohl qualitativ und als auch quantitativ sein.
- Die Menge und Verfügbarkeit vorhandener Daten ist unterschiedlich. Verwaltungen haben bereits sehr viele Umwelt- und Sozialdaten. Gesundheitsdaten unterliegen dem Datenschutz und können nur unter Beachtung des hohen Schutzwertes verwendet werden.
- Wichtig für die Verwendung sind die Qualität (auch im Sinne der Auflösung) und der Raumbezug. Ebenso sollten eine Verknüpfung mit anderen Daten und die zeitliche (longitudinale) Be-



trachtung von Sozialdaten (Dynamikdaten) möglich sein.

- Geeignete Indikatoren für die Situationsanalyse und die Evaluation gibt es bereits „genug“. Neuentwicklungen sind nicht nötig.
- Diese Indikatoren sollen flexibel einsetzbar, an „Fragen geleitet“ und kommunalspezifisch sein. Für Zwecke der Analyse sollen sie als „Set“ aus Indikatorengruppen auswählbar sein.
- Die Datenaustauschplattformen der Kommunen sollten möglichst für alle verfügbar sein.
- Die Daten von Land und Kommunen müssen kompatibel sein.
- Ressortübergreifende Zusammenarbeit auf der Landesebene z.B. im Hinblick auf die gesundheitliche Fachplanung und den Leitfaden für eine gesunde Stadt ist sinnvoll.
- Umweltgerechtigkeit muss gelebt werden und sollte Leitbild der Kommunen werden. Eine Gesamtbetrachtung von Umwelt, Gesundheit und Sozialem sollte in das Verwaltungshandeln integriert werden. Sie muss in allen Bereichen mit bedacht werden. Damit ist ein eigenes Konzept nicht notwendig.
- Umweltgerechtigkeit entspricht den grundsätzlichen Anforderungen an eine lebenswerte Stadt. Es sollte daher keines gesonderten Auftrages bedürfen. Ohne Umweltgerechtigkeit hat die Kommune „keine Zukunft“. Umweltgerechtigkeit hat auch ein positives Wirtschaftspotenzial. Ein politischer Wille für die Umsetzung ist jedoch erforderlich.

- Wünschenswert wäre, dass Ziele der Umweltgerechtigkeit zum Inhalt von Förderprogrammen werden. Ebenso müsste die Verteilung von Fördergeldern vereinfacht werden ⇒ dafür bedarf es einer Initiative auf Bundesebene.
- Das Land NRW soll Kommunen ermutigen im Sinne der Umweltgerechtigkeit auch „jenseits von Grenzwerten“ zu handeln.
- Unterstützungswünsche an das Land:
 - Daten verschiedener Ebenen (bspw. Quartiersebene) zur Verfügung stellen (z.B. Gesundheitsdaten der Kommune, des LZG, der Kassenärztlichen Vereinigungen); Daten des Landes über IT NRW an Kommunen.
 - Kontakt mit Experten vermitteln („Förderung der Expertise“).
 - Handlungstools an die Hand geben.
- Kommunen sollten Partizipation fördern. Dafür ist u.a. eine Kommunikationsstrategie für bildungsferne Schichten sehr sinnvoll. Projektpartner können unter anderem Wissenschaft und Land NRW sein. Des Weiteren können „bürgerfreundliche Daten“ für Transparenz sorgen.
- Eine „Datenaustauschplattform“ der Kommunen soll für alle Interessenten zur Verfügung stehen.
- Außenwirkung der Umweltgerechtigkeit mit Hilfe von Kooperationsmöglichkeiten (städtebauliche Verträge) mit Private bspw. beim Wohnungsbau.

Workshop (II)

Handlungsempfehlungen – Integriertes Verwaltungshandeln und konkrete Instrumente

Leitung/Moderation: Dr. Diana Hein/Dr. Frank Claus



Die Leitfragen:

1. Fehlen Instrumente?
2. Welche praktischen Erfahrungen gibt es zu den Instrumenten?
3. Wie kam es zu Erfolgen?
4. Wovon sollte man die Finger lassen?
5. Wie können Land und Kommunen an einem Strang ziehen, um das Thema wirksam zu verankern?
6. Welche Partner wären dafür nützlich?
7. Wie bekommen wir das Thema praxisnah in die Kommunen?
8. Was muss passieren, damit „Umweltgerechtigkeit“ in die Umsetzung kommt?

9. Was erwarten die Kommunen vom Land?
10. Was können die Kommunen selbst tun?
11. Was muss auf der kommunalen Ebene geschehen, um das Thema „Umweltgerechtigkeit“ wirkungsvoll von der Tagesordnung zu nehmen?
12. Und danach: Die 5 Top-Maßnahmen, um zu verhindern, dass das Thema vor Ort scheitert.

Thesen und Ergebnisse:

- „Umweltgerechtigkeit“ darf keine freiwillige Leistung sein, die am Enthusiasmus Einzelner hängt und permanenter Rechtfertigungsnot unterliegt. Der Gesetzgeber sollte Umweltgerechtigkeit als Kriterium in Genehmigungsverfahren wie die Umweltverträglichkeitsprüfung einbeziehen.
- Im Zusammenhang mit der Diskussion über mehr Umweltgerechtigkeit muss auch die Grenzwertediskussion neu geführt werden. Man weiß, dass Lärmbelastungen über 55 dB(A) gesundheitsschädlich sind ⇒ klagen kann man aber erst ab 70 dB(A).



- Bei Förderprogrammen wie EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) und ESF (Europäischer Sozialfonds) taucht der Begriff „Umweltgerechtigkeit“ in Wettbewerbsausschreibungen gar nicht auf. Wenn man ihn etablieren will, muss man ihn auch konsequent verwenden und inhaltlich positiv aufladen.“
- Um „Umweltgerechtigkeit“ auf kommunaler Ebene zum wichtigen Planungskriterium zu machen, bedarf es personeller und finanzieller Ressourcen ⇒ und zwar „on top“! Andernfalls werden künftig einfach Planungen und Projekte, die ohnehin durchgeführt werden (müssen) kurzerhand umgewidmet und mit dem Label „Umweltgerechtigkeit“ versehen.
- Die Bedeutung von „Umweltgerechtigkeit“ würde mehr anerkannt, wenn man die Ökosystemleistung in Euro und Cent ausrechnen würde – also: Was erbringt eine gesunde Umwelt eigentlich für die Gesundheit der Menschen? Und welche Kosten würde es verursachen, wenn man das Zusammenwirken von Umwelt und Gesundheit komplett ausblendete. Kurzum: Wenn Ideologie und Esoterik durch Zahlen, Daten und Fakten ersetzt werden könnten, würde der Wert von „Umweltgerechtigkeit“ greifbarer.
- Im Rahmen einer integrierten Berichterstattung, sollte vorhandenes Daten- und Kartenmaterial aus den Bereichen Umwelt, Soziales und Gesundheit miteinander verschnitten werden. Auf diese Weise könnten vorhandene Informationen zu neuen Erkenntnissen führen. Optimal wäre, sie so aufzubereiten, dass sie auch für Bürger-

rinnen und Bürger zugänglich und verständlich sind.

- Kommunen könnten sich Partner aus der Wirtschaft suchen, die Planungsprozesse begleiten – z.B. Wohnungsbaugesellschaften, Garten- und Landschaftsbauer, Planungsbüros etc.
- Ein grundsätzliches Planungsziel im Zusammenhang mit „Umweltgerechtigkeit“ sollte sein, urbane Räume zu schaffen, die zu Bewegung und Begegnung einladen und die Generationen zusammenführen ⇒ also n i c h t: hier ein Spielplatz für kleine Kinder, dort ein Bolzplatz zum Kicken und möglichst weit entfernt ein Ruhepark für Senioren!
- Als Beispiel für einen erfolgreichen Prozessablauf skizzierte Johanna Pressmar-Cuber (Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt der Stadt Köln) eine 4-Schritt-Strategie:
 - 1) Die Politik entwickelt und verabschiedet als Antwort auf die Frage „Was verstehen wir unter Umweltgerechtigkeit?“ ein klares Zielbild.
 - 2) Aus dieser Definition werden klare Arbeitsaufträge an die Verwaltung abgeleitet.
 - 3) Die Verwaltung bildet dezernatsübergreifende Projektgruppen, die eine gemeinsame Verantwortung für das Thema entwickeln und gemeinsam nach Lösungen suchen.
 - 4) Etwaige Zielkonflikte können im Team diskutiert werden – und zwar herausgelöst aus der Emotionalität der politischen Debatte. Die Organisationsform ermöglicht zudem Lernprozesse und Haltungsänderungen, ohne zu Gesichtsverlust zu führen.



Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen - Schlussfolgerungen & Bewertungen:

Die beiden Workshops haben die Handlungsempfehlungen im Wesentlichen bestätigt und durch einige zusätzliche Aspekte ergänzt. Hier die wichtigsten Aspekte im Überblick:

- Die vorgestellten Empfehlungen sind ausreichend für kommunales Handeln.
- Die Erkenntnislage sollte dort verbessert werden, wo es notwendig und sinnvoll ist.
- Das Zusammenwirken von Umwelt – Gesundheit – Soziales ist „eigentlich“ selbstverständlich.
- Vorhandene Strukturen sollten genutzt werden z.B. (kommunale Gesundheitskonferenzen, Fachplan Gesundheit) und Doppelarbeit vermieden werden.

- Das Bilden von ressort- / dezernatsübergreifenden Expertengruppen für Planungsprozesse im Zusammenhang mit „Umweltgerechtigkeit“ sollte in den Kommunen verstärkt angewandt werden. Auch auf Landesebene sollten Programme und Projekte als Querschnittsaufgabe aufgelegt werden.
- Umweltgerechtigkeit soll mit Blick auf die „Ziele“, „Räume“ und „Leute“ im Verwaltungshandeln integriert werden. Das bedeutet eine frühzeitige Einbindung der relevanten Stellen, eine Integration in Instrumente wie Lenkungsorgane, lokale Agenda, Netzwerke auch außerhalb der Verwaltung und eine Betrachtung bei Themen wie Hochwasserschutz, Landschaftsplanung, Klima und ressort-übergreifende AGs. Die Zukunftsfä-

higkeit und Wirtschaftlichkeit ist ebenso von Bedeutung.

- Vorhandene Netzwerke (z.B. „Soziale Stadt“ und Stadtumbauagentur NRW) sollten intensiver genutzt werden.
- Die Ziele von „Umweltgerechtigkeit“ sollten in übergeordneten Konzepten, z.B. in Stadtentwicklungskonzepten fest verankert werden.
- Best-Practice-Beispiele sollten zentral (durch das Land) gesammelt, zu einem Leitfaden mit Empfehlungen zusammengeschrieben und als Musterkatalog („Wie macht man Umweltgerechtigkeit richtig?!)“ allen Kreisen, Städten und Gemeinden zur Verfügung gestellt werden.
- Für den Umgang mit Datensammlungen und die integrierte Berichterstattung sollten Modelle entwickelt werden, die von allen Kreisen, Städten und Gemeinden angewandt werden können.
⇒ Elmar Wieczorek: „Alle Daten, die wir benötigen, um Entscheidungen zu treffen, liegen vor.“

Mein Eindruck ist, dass wir uns manchmal hinter dem Sammeln von Daten verstecken, um die Dinge nicht anpacken zu müssen.“

- Bei der Bürgerbeteiligung zu Projekten der „Umweltgerechtigkeit“ benötigen die Kommunen Unterstützung, denn ⇒ Stefan Beckmann: „Die Bürgerinnen und Bürger, die wir in diesem Zusammenhang meinen, erreichen wir sehr häufig nicht.“
- Rückenwind kann das Thema „Umweltgerechtigkeit“ erhalten, wenn im Rahmen vorhandener Förderprogramme Maßnahmen und Projekte angeschoben würden. Das Land NRW soll Ziele der Umweltgerechtigkeit als Inhalte von Förderprogrammen darstellen. Ebenso müsste die Verteilung von Fördergeldern vereinfacht werden ⇒ dafür bedarf es einer Initiative auf Bundesebene.
- Land und Kommunen sollten Info-/Erklär-Flyer und -Broschüren als Werbung für das Thema „Umweltgerechtigkeit“ auflegen.

Schlusswort

Dr. Diana Hein, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW

„Wir haben Anregungen erhalten, Ideen gesammelt und Konkretisierungen formuliert.“



Die vorgestellten Handlungsempfehlungen wurden bestätigt. Es wurde erneut klar, dass Umweltgerechtigkeit im Sinne des Zusammenwirkens von Umwelt, Gesundheit und Sozialem keine wirklich neue Aufgabe ist. Vorhandene Ressourcen sollten genutzt werden.

Umweltgerechtigkeit ist immer als Querschnittsaufgabe mehrerer Ressorts zu verstehen: Umwelt, Gesundheit, Soziales, Planen und Bauen ...

Deutlich wurde auch, dass wir Best-Practice-Beispiele benötigen, um daraus, Empfehlungen abzuleiten und Modelle zu entwickeln für gutes Verwaltungshandeln, z.B. bei Planungsverfahren. Wir werden dies im Rahmen des Masterplans angehen und allen zur Verfügung stellen. Ebenso klar ist, dass wir das Thema in den Verwaltungen zur Chefsache machen müssen.“

Feedback...

...der Teilnehmenden



„Ich habe heute nicht auf alle meine Fragen eine Antwort bekommen, aber meine Fragen sind zum Teil konkreter geworden. Klar ist: Die Kommunen tun schon viel für eine größere Umweltgerechtigkeit. Mehr tun könnten sie bisweilen in Sachen Transparenz, denn bis wir als Verband einbezogen werden, ist die Planung zumeist schon weit fortgeschritten und der Veränderungswille nicht mehr sehr ausgeprägt.“

Angelika Horster, Landesarbeitskreis Technischer Umweltschutz

„Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Es wird viel über Probleme geredet und noch zu wenig verändert – etwa in Richtung einer integrierten Berichterstattung. Mir ist noch immer nicht klar, wie wir die unterschiedlichen Fachbereiche zusammenbekommen, um gemeinsam gute Lösungen für die Menschen zu erarbeiten. Der Fachplan Gesundheit des NRW-Landeszentrums Gesundheit wäre ein geeignetes Instrument, um Dinge wirklich zu ändern. Aber dazu müsste er verbindlichen Charakter haben.“

Thilo Koch, StädteRegion Aachen, Gesundheitsamt



„Ich nehme das klare Statement der Kommunen mit, dass es nicht ausreicht, „Umweltgerechtigkeit“ als einen Aspekt von vielen am Rande mitzudenken, sondern dass man das Thema explizit auf die Agenda setzen muss. Dass man bereits im Ideenstadium gemeinsame Ideen entwickeln muss – und nicht erst dann, wenn die erste Planung



schon vorliegt. Dazu braucht es ressortübergreifende Strategien. Der Workshop hat auch gezeigt, dass viele Kommunen gerne mehr tun wollen, aber nicht können. Sie warten regelrecht darauf, dass Umweltgerechtigkeit eine Pflichtaufgabe wird. Schließlich: Wenn wir so weit sind, müssen Projekte zu mehr Umweltgerechtigkeit auch evaluiert werden.“

Christiane Bunge, UBA, Geschäftsstelle Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit

Anhang Programm

- | | |
|------------------|---|
| 10:30 Uhr | Begrüßung und Einführung
Dr. Diana Hein, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW |
| 10:40 Uhr | Stand und Perspektiven zum Thema Umweltgerechtigkeit - Sichtweisen des Publikums
Alle |
| 10:50 Uhr | Handlungsinstrumente für mehr Umweltgerechtigkeit - Entwurf von Empfehlungen
Dr. Claudia Fiebig,
Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW |
| 11:10 Uhr | Podiumsgespräch: Kommunale Erfahrungen, erste Einschätzungen und Anregungen zu den Empfehlungen
dazu einleitend:
Fachimpuls (I):
Elmar Wieczorek, Stadt Aachen, Fachbereichsleiter Umwelt
Fachimpuls (II):
Stefan Beckmann, Stadt Bottrop, Leiter Umwelt- und Verbraucherschutzamt |
| 11:30 Uhr | Einführung in die Arbeitsgruppen

Workshop (I): Handlungsempfehlungen - Situationsanalyse
Leitung/Moderation: Dr. Claudia Fiebig, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW
Workshop (II): Handlungsempfehlungen - Integriertes Verwaltungshandeln und konkrete Instrumente
Leitung/Moderation: Dr. Diana Hein, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW und Dr. Frank Claus, IKU_ Die Dialoggestalter |
| 13:00 | Imbiss |
| 13:30 | Vertiefung der Workshops |
| 14:30 Uhr | Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen / Diskussion mit dem Podium
Einschätzung durch Stefan Beckmann und Elmar Wieczorek |
| 15:30 Uhr | Fazit und nächste Schritte im Masterplan Umwelt und Gesundheit NRW
Dr. Diana Hein, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW |

Impressum:

Herausgeber:

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
Schwannstr. 3
40476 Düsseldorf

Textredaktion und Gestaltung:

IKU_Die Dialoggestalter
Frank Fligge, Xing Liu (Text)
Ibo Peters (Gestaltung)

Dokumentation:

IKU_Die Dialoggestalter
Frank Fligge, Xing Liu

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen
Schwannstr. 3, 40476 Düsseldorf
infoservice@mkulnv.nrw.de
www.umwelt.nrw.de

